

Zeitung: N
Datum: 06.01.2007
Autor: László Lengyel
Überschrift: Zwei Szenarien
Übersetzung: J.Süle

Das Land ist der politischen Spaltung sehr nah gekommen. Aus der Zeit der Wende sind wir im „System“ angekommen. Es stellt sich wieder die Frage, *wer zu welchen Bedingungen das System beherrschen wird?* – darum geht es wirklich bei diesem Kampf. Ob die Eliten, die in der Übergangszeit zum Besitz, zu strategischer Entscheidungsposition, der Formulierung institutioneller Netzwerke, sprachlicher Überlegenheit gekommen sind, aus dem friedlichen Feilschen 1989-90 zwischen dem *ancien régime* und den Akteuren der Wende hervortreten werden? Ob das Gleichgewichtssystem der dritten Republik der Kompromisse fortgesetzt wird, oder eine vierte Republik dem Ende der Wende, der Ankunft in Europa folgen wird? Zwischen den Eliten hat ein gnadenloser Kampf um die Neuverteilung der Besitze und der staatlichen Vermögen, um die Neudefinierung der Grenzen des staatlichen und des Privatsektors, um die Neudefinierung der Rolle des Staates und dabei der Rolle der Zentralregierung und der Selbstverwaltungen begonnen, und darum, wer die herrschende (Symbol)-Sprache sprechen und präsentieren, die Gedenkstätten der nationalen und der gesellschaftlichen Erinnerung bestimmen darf. Eine der Fronten dieses Kampfes um die Neuverteilung ist die Integration des Landes in die Struktur des internationalen – globalen und europäischen – Kapitals.

Bei der Schaffung eines „nachhaltigen“ Systems will die eine Hälfte der politischen Klasse die andere Hälfte ausschließen. Sie will mit den strategischen Gruppen, dem Kapital, den Medien, Europa, der großen Welt exklusive Beziehungen ausbauen. Das System des Überganges war auf zahlreichen lokalen Konflikten, aber einem allgemeinen Gleichgewicht aufgebaut. Das gegenwärtige System aber beruht auf unzähligen lokalen Vereinbarungen und dem allgemeinen Ungleichgewicht, auf Auseinandersetzungen und einem Spiel mit Endergebnis Zero. Ob das die Substanz des ungarischen Systems wird? Falls ja, dann werden sich die Methoden der Institutionen und der informellen Auseinandersetzungen sowie die der „Deals“ schrittweise daran anpassen, das wird unsere politische Kultur. Zwei Religionen, zwei Glauben, zwei Ideologien werden sich oben befinden, eine sich zu einigen versuchende, die Regeln umgehende Verhaltensweise unten.

Damit hängt auch der Generationswechsel zusammen. In den polnischen, tschechischen, ungarischen Welten hat die Ablösung der Generation, die Ende der 40er, in den 50er geboren wurde, der „großen Generationen“ der 1968er, der 1989er begonnen. Diese politische Evolutionisten-Generation, die auf der Basis der revolutionären und Reformenerfahrungen von 1956, 1968, 1980-81, 1989-90 aufgewachsen ist und ihre moralischen und kulturellen Widerstandserfahrungen in den Rahmen einer realistischen Politik stellt, ist ohne Zweifel vielmehr die *Herausführende* und nicht die *Ankommende*. Diese Elite hat die Kompromisse von 1989 abgeschlossen und die politischen, wirtschaftlichen und moralischen Grenzen der neuen Republiken gezogen, die Sprachen der Regierungsseiten und der Opposition gestaltet. Die ankommenden, Postwende-Generationen halten weder den internationalen, noch den internen Spielraum für zwingend, sie schreiben die

Kompromisse, die austarierten Institutionen den alten, ineffizienten, willensschwachen, in den 80er stecken gebliebenen Generationen zu. Auf sie sind weder fremde, noch einheimische Machthaber getreten, sie haben die jahrzehntelangen Erfahrungen der grauen, subtilen Unterdrückungen und der attraktiven Verlockungen des Kádár-Regimes nicht erlebt. Die Konflikt-, Willens-, Ja-Nein (gut-schlecht, Gott-Teufel, ungarisch-fremd, europäisch-hinterwäldlerisch, modern-anti-modern, Fortschritt-Rückfall, alt-jung) erlernten, bildhaften, mediatisierten, Führer- und/oder Starprinzip-Politiken sind erschienen. Diese Politiken haben keine richtigen Möglichkeiten für den Ausgleich und Kompromiss.

Gemäß dem einen Szenario müssen wir uns während der Legislaturperiode auf immer heftigere Konflikte und auf das Unmöglichwerden der Regierungsarbeit vorbereiten. Der Anführer der Opposition, Viktor Orbán, spürt die tiefe Verletztheit der rechtsorientierten Wähler und hat mit einer ablehnenden, nationalen Veto-Politik begonnen, die er von den Straßenversammlungen bis zu Referendumsprozeduren, von den parlamentarischen Obstruktionen bis zur Aufstellung einer kommunalen Gegenmacht konsequent durchführen wird. Die rechtsorientierten Stammwähler sind seit 1990 davon überzeugt, dass es ihr historisches Recht und ihre Pflicht ist, Ungarn zu führen, das aber die linke Seite durch ständige und unterschiedliche Manipulationen und Betrüge ihnen ständig entwendet. Aus dem biographischen Band von Gyurcsány haben sie erfahren, dass Gyurcsány, nach eigener Erzählung, der Erfinder der Seil-Angelegenheit von Kővér und der 23 Mio. rumänischer Einwanderer war, und die rechte Seite schreibt diesen Tricks zu, dass sie die Wahlen 2002 verloren haben. Aus der Geheimrede des Ministerpräsidenten haben sie darauf gefolgert, dass die linke Seite jeden Trick und jede Lüge für akzeptabel hält, wenn es darum geht, die rechte Seite von der Macht fernzuhalten, und nur aus dem Grund, weil sie von Viktor Orbán geführt wird.

Die rechtsorientierten Wähler und ein Teil der Elite erlebt die linke Regierung als existentielle Gefährdung, die ihnen damit droht, die Rechtsorientierung nicht nur mit Entlassung, Einkommensentzug, Bildschirmverbot zu bestrafen, sondern auch damit, dass sie versucht unmöglich zu machen, dass die Rechtsorientierten morgen, wenn sie in die Macht zurückkehren können, auf der Karriereleiter vorankommen. Und weil die Verletztheit der rechten Stammwähler auf die nationalen und existentiellen Beleidigungen zwischen 1948 und 1989 und auf die antikommunistischen Emotionen gereimt werden kann, kann die rechtsorientierte politische Klasse immer auf die antikommunistische und nationale Verletztheit zählen. Die Losung „Gyurcsány soll zurücktreten“ vereint die gemäßigten und radikalen Wähler des rechten Lagers. Alle Gesten Gyurcsánys stärken Viktor Orbán: nur Kraft kann gegen die Kraft antreten und gewinnen.

Die linksorientierten und liberalen Stammwähler leben seit 1992-1993 in dem Glauben, dass die rechte Seite zunächst im Jahr 1944 durch den ungarischen Holocaust und die Kriegspolitik, durch die die Nation zugrunde gerichtet wurde, das Recht verloren hat, das Land zu führen. Das zweite Mal hat sie nach 1948, durch „das große Schweigen“ dieses Recht verspielt, und das dritte Mal war nach 1990, als sie nach den gewonnenen Wahlen ihre Untauglichkeit oder vielmehr ihre Gefährlichkeit für die Demokratie unter Beweis gestellt hat. Die Regierungsarbeit Viktor Orbáns zwischen 1998-2002, später seine Rolle in der Opposition haben die Mehrheit der sozial-liberalen Wähler überzeugt, dass Orbán und sein Team das Land gegen die Demokratie, Europa, die Modernisierung und den Fortschritt führen würden. Aber die

emotionelle Betroffenheit der Stammwähler ist noch tiefer: die rechte Seite ist nämlich jederzeit bereit, ihre antisemitische Rolle von 1944 und die linksfeindliche Rolle von 1990 zu wiederholen. Auf die Emotion „Nie wieder Orbán“ konnte die politische Klasse der linken Seite 2002 und 2006 zählen, jede kleine Bewegung Orbáns ruft pro-Gyurcsány-Emotionen ins Leben: jemand muss doch die lebensgefährliche rechte Seite bremsen.

Entsprechend dem realistischen Szenario von Péter Tölgyessy werden wir Zeugen des ständigen Kampfes zwischen den beiden Führern und den beiden politischen Lagern, was eine wirkliche wirtschaftspolitische Wende, die Reformen mit Konsens, und dementsprechend die politische und wirtschaftliche Stabilisierung unmöglich macht. Gyurcsány und Orbán können nicht abgelöst werden. Sie werden immer stärker, ihre friedensliebenden Kameraden werden in den Hintergrund gedrängt. Bis Mitte März 2007 werden beide politischen Anführer ihre eigene Position stärken, Ende Februar wird Ministerpräsident Gyurcsány zum Vorsitzenden der Ungarischen Sozialistischen Partei gewählt, dann wählt der Fidesz den amtierenden Vorsitzenden Orbán wieder. Die Liberalen bekommen ebenfalls einen neuen Vorsitzenden, und der letzte Akteur, der gegen Gyurcsány und Orbán noch mit gleichem Gewicht auftreten konnte, Gábor Kuncze, verschwindet. Gyurcsány bildet seine Regierung nach eigenem Gusto um, er vollendet dann den Ausbau seiner persönlichen Macht. Die aufmüpfigen, friedensliebenden zentralen und kommunalen Würdenträger werden auf beiden Seiten von eigener Führung bzw. durch die aggressiven Aktionen des Anführers der anderen Seite mundtot gemacht.

Die kämpferischen Elite- und Wählergruppen im Umfeld der Parteien, die zentralisierten, unmittelbaren Wahlkampf- und Propagandamaschinerien der beiden großen Parteien zwingen ihren Willen durch direkte Aktionen den gleichgültigen und/oder an einem Ausgleich interessierten Gruppen auf, sie vollenden die vollständige Spaltung des Landes. Es gibt keine Kraft – ob eine politische, wirtschaftliche, intellektuelle, zivile Kraft, oder Medienakteur – innerhalb des Landes, außerhalb des Landes – die Europäische Union, Finanzmärkte, IWF, NATO, usw. – die den Prozess der Auseinandersetzungen stoppen könnte. *Jede der Kräfte ist in der Lage, einen Zusammenbruch herbeizuführen, aber keine kann einen Ausgleich oder den Aufbau von Institutionen erreichen.*

Nach meinem weniger realistischen Szenario werden die Europäischen Union, Deutschland, die Vereinigten Staaten, die Investoren der Finanzmärkte und des Betriebskapitals auf der einen Seite und die einheimischen Wirtschaftsakteure, die Elite der Experten, die Führung der Kommunen und der Selbstverwaltungen, die Presse auf der anderen Seite diejenigen sein, die die ungarische politische Klasse unter Druck setzen können, um die Ablösung der Auslöser der Konflikte und den zu einer wirtschaftspolitischen Wende und den Reformen erforderlichen Ausgleich zu erzwingen. Die ungarischen Erfahrungen seit 1989 weisen darauf hin, dass Ungarn schon immer in der Lage war, seine Probleme aus eigener Kraft zu lösen, und die politische Klasse fähig war, sich selbst zu korrigieren. Der Einfluss der kämpferischen Stammwählergruppen und das spirituelle und materielle Prestige der beiden Führer, die an Konflikten interessiert sind, werden zurückgehen. Die Intensität der Konflikte löst bei den nicht engagierten, sich in der Mehrheit befindenden Wählern nur Angst oder Verletztheit aus: „wie kommen die beiden Seiten dazu, mich in meiner Person, in meiner Familie, in meinem Besitz zu bedrohen!“.

Unter und neben den beiden Anführern und ihren engen Kreisen werden politische Gespräche beginnen. Die strategischen Themen, auf die sich die Seiten zu einigen haben, wenn sie nicht hoffnungslos ausgedrängt werden wollen, werden umrissen. In dieser neuen Situation, die durch die kommunalen Wahlen entstanden ist und wodurch die Opposition strategische Plätze besetzen konnte, sind die Seiten gezwungen, miteinander Gespräche zu führen. Mit dem Haushalt 2007 hat Ungarn den größeren Teil des Korrektionskurses absolviert. Zu Einigungen kann es bei der Selbstverwaltungs- und Rentenreform kommen. In anderen Ländern versucht *der Staatspräsident* in ähnlichen Situationen die Seiten zum Verhandlungstisch zu setzen. Bei uns ist es wegen des Autoritätsverlustes des Staatspräsidenten unmöglich. Es ist vorstellbar, dass *der Präsident der Nationalbank* neben der Verantwortung für die Wirtschaft auch die politische Verantwortung auf sich lädt, und in seiner Person der gesellschaftliche Konsens institutionalisiert wird. Wenn Lajos Bokros oder György Surányi am 01. März 2007 zum Präsidenten der Ungarischen Nationalbank gewählt wird, kann der eine oder der andere mit seinem internationalen und im Land genossenen Ansehen den gesellschaftlichen Vertrag ersetzen. Ob der Regierungschef (oder gerade der Oppositionsanführer) einen der beiden will?

Das sozialistische und liberale Lager wird die Wahlen 2010 kaum mit Ferenc Gyurcsány angehen, wie Fidesz nicht mit Viktor Orbán. In beiden Lagern hat man begriffen, wie groß das Risiko in ihren Anführern ist. Ein Wechsel kann weniger wegen der Macht oder des Ansehens dieser beiden Personen nicht stattfinden, sondern vielmehr wegen der mangelnden Neukandidaten und der neuen Konstruktionen. Aber dieses *kaum* ist trotzdem möglich, wie auch ein *wenn*. Orbán hat sich beim Zusammenhalt und der ständigen Niederlage des rechten Lagers unentbehrlich gemacht. Warum könnte Gyurcsány ebenfalls nicht unentbehrlich werden? Beide Lager haben sich an das Führerprinzip, die zentralisierte Ein-Mann-Führung und die Politik der Konflikte gewöhnt. Den Übergang zu einer dezentrierten, dezentralisierten, demokratischen und kollektiven, mehrpoligen Führung riskiert aus dem Grund keiner, weil das für schwächer, weniger effizient und riskanter als die diktatorische Führung gehalten wird. Daran ändert nichts, dass die seit 1998 angewandte harte Demokratie auf der Basis des Führerprinzips in der Wirtschaft ausgesprochen schlechte Ergebnisse mit sich gebracht hat, und die Effizienz der Staatsverwaltung dadurch nicht verbessert, sondern zerstört worden ist. Es stellt sich die Frage, wer als erster den Haltegriff loszulassen wagt, welches Lager als erstes sich mit den eigenen Fehlern, Versäumnissen, der Barbarisierung auseinandersetzt, damit es anschließend der Gesellschaft, also dem anderen seine Hand reichen kann.

Diese Aufgabe ist vom hinterwäldlerischen Ungarn, der provinziellen ungarischen Elite und den einflussreichen Wählergruppen zu lösen. „Offensichtlich glaubt jede Generation von sich selbst, sie ist dazu berufen, die Welt neu zu schaffen.“ – sagte Albert Camus bei der Verleihung des Nobelpreises. „Meine weiß aber, dass sie dies nicht vollziehen kann und wird. Es kann sein, dass wir größere Aufgaben zu bewältigen haben. Dass wir verhindern, dass die Welt noch schlechter wird.“ Wir sind möglicherweise an der Neuschaffung unserer kleinen Welt schuld. Uns bleibt nicht anders übrig, als zu verhindern, dass sie nicht schlechter wird, dass wir sie nicht weiter kaputt machen.